

Westbank und Gaza-Streifen im Schatten des Iran-Kriegs

Martin Link

Siedlungsausbau, Gewalteskalation und Massenver- treibungen im palästinensischen Westen und humanitäre Stagnation im Osten

Die Konsequenzen des „Regime-Change-Kriegs“ Israels und der USA gegen den Iran und dessen militärische Reaktionen bestimmen die Nachrichten. Kaum Aufmerksamkeit erhält die seit Kriegsbeginn verschärfte Lage in der palästinensischen Westbank und im Gaza-Streifen.

Die bei der israelischen Annexionspolitik ins Fadenkreuz geratenen Menschen in der Westbank und die fortgesetzte Überlebensnot im abgeriegelten Gaza-Streifen liegen weitgehend im internationalen Aufmerksamkeitsschatten – und schaffen ständig weitere Fluchtgründe.

Armee- und Siedlergewalt in der Westbank

Schon vor dem Iran-Krieg und während des Gaza-Krieges war die Gewalt laut aktuellem Bericht des UN-Menschenrechtsbüros (s.u.) extrem angestiegen: Im Oktober 2025, um die Zeit der Olivenernte, wurden 42 Siedlerangriffe mit 131 Verletzten dokumentiert. Die höchste Zahl, die seit 2006 in einem einzigen Monat verzeichnet wurde. Tägliche Angriffe von bewaffneten Siedlern,

Soldaten und „Siedlersoldaten“ – von denen viele von den staatlichen Behörden bewaffnet, ausgerüstet und ausgebildet wurden – zusammen mit Betretungsverboten ihrer Felder für palästinensische Landbesitzer und Erntehelfer machten demnach die Saison 2025 am schlimmsten seit Jahrzehnten.

Eine akute Zunahme von Überfällen der israelischen Armee (IDF) auf palästinensische Gemeinden und Festnahmen in der Westbank ist augenfällig: Im Februar zählte die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) 1.252 Militärrazzien, durchschnittlich 44 pro Tag. In den ersten sechs Tagen des März wurden 380 Razzien gezählt, durchschnittlich 63 pro Tag. Gleichzeitig nimmt die Zahl von Verhaftungen zu: 331 Menschen in den ersten sechs Tagen des März, gegenüber 866 in den 28 Tagen des Februar.

Die Division ‚Judäa und Samaria‘ – so bezeichnete Israel die besetzten palästinensischen Gebiete der Westbank – die laut der IDF seit dem Iran-Krieg auf acht Bataillone verstärkt wurde, erhöht die ohnehin strengen Bewegungsbeschränkungen für Palästinenser*innen in der Westbank.

Die Bewegungsmöglichkeit zwischen palästinensischen Gemeinden und Städten wurden seit Kriegsbeginn durch die Eskalation von Checkpoints und Blockaden der ohnehin wenigen für Palästinenser*innen zugelassenen Straßen in der gesamten Westbank behindert. Am ersten Tag des Krieges wurden die meisten Zugänge zu palästinensischen Dörfern und Städten im Westjordanland von der Armee verriegelt. Später waren Passagen nur an wenigen Checkpoints bei langwierigen Personenkontrollen für ein paar Stunden pro Tag erlaubt. Die Blockaden und Beschränkungen wirken sich auch

unmittelbar negativ auf die ohnehin schon schlechte Wirtschaftslage aus.

„Am Donnerstag öffneten sie den Checkpoint für zwei Stunden und ließen eine kleine Menge Waren rein – Brot, Mehl, Gas und Lebensmittel für Vieh und Geflügel – und dann schlossen sie das Tor wieder“, sagte ein Bewohner des Dorfes Duma der israelischen Tageszeitung Haaretz. „Ich konnte wegen der Blockaden nicht mehr zur Arbeit gelangen, und Hunderten im Dorf geht’s genauso.“

Die UNO stellt seit dem Iran-Kriegsausbruch im gesamten Westjordanland Probleme für Krankenwagen und Feuerwehren fest, sich zwischen Dörfern, Krankenhäusern und Servicezentren zu bewegen. Zwischen dem 28. Februar und dem 3. März wurden laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – 9 Vorfälle von Krankenwagen und 15 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen dokumentiert. In Kliniken wurden Operationen gestrichen, weil das medizinische Personal nicht durchkam. Mehrere mobile Kliniken der Health Cluster-Partner – einem Netzwerk von zivilen Medizinhilfsträgern – mussten den Betrieb einstellen.

Die Razzien der Armee sind regelmäßig begleitet von Tränengaseinsätzen, soldatischen Prügelorgien gegen Frauen und Männer jeden Alters und selbst Kinder, der Zerstörung von Wasserzisternen und Solarmodulen, Wohnungen, gewerblicher Infrastruktur und landwirtschaftlichen Produktionsflächen. Seit Beginn des Iran-Krieges verstärkt die Armee, palästinensisches Wohnung- und Gebäudeeigentum zu konfiszieren und diese Immobilien als Militärstützpunkte und Soldatenunterkünfte zu nutzen, nachdem die einheimischen Bewohner*innen vertrieben wurden.

Eine Woche im März

Allein am 8. März zählten die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem und palästinensische Medien mindestens 57 in dieser Weise in israelische Militärbasen umgewandelte palästinensische Mehrfamilienhäuser in den Gemeinden Arraba, Faqqua, Ya'bad, Qaffin und Zeita im nördlichen Westjordanland; genauso wie in den Dörfern Beit Sira, Ni'lin, Saffa, Beit Ur al-Tahta und Beit Ur al-Fauqa. In der Gegend von Bethlehem wurden in den Dörfern Husan und Surif palästinensische Häuser in militärische Außenposten umgewandelt, so auch in der südlichen

März wurden 10 Anschläge von radikalen Siedlern auf palästinensische Dörfer dokumentiert. Drei Palästinenser wurden dabei von Siedlern erschossen. Die Toten sind Amir Shanaran, 27, aus dem Dorf Wadi Rahim, am Rande der Stadt Yatta; Thair Farouk Hamayel, 24; und Fara Jawdat Hamayel, 57, aus dem Dorf Khirbat Abu Falah, nordöstlich von Ramallah. Mohammad Hasan Murara, 55, erstickte am Tränengas, das Soldaten einsetzten, die nach dem Siedlerangriff in Abu Falah eintrafen. Am 10. März wurden zwei Brüdern aus dem Dorf Qaryut in der Nähe von Nablus – Mohammad und Fahim Taha – von einem Siedlerreservisten getötet.

Gespräch mit der israelischen Tageszeitung Haaretz zusammen.

Ethnische Säuberungen

In der ARD wird der Sprecher von B'Tselem zitiert: „Wir sehen eine Eskalation von Angriffen durch Siedlermilizen gegen palästinensische Gemeinschaften und größere Dörfer – jeden Tag, jede Nacht in der gesamten Westbank. Die Milizen brechen in Häuser ein, schlagen die Anwohner, stehlen das Vieh und schießen scharf auf Menschen. Während die internationale Gemeinschaft mit dem



„Harvesters resting“ nach Jean François Millet.

Westbank in Arab al-Ramadin, Tarqumiya, Idna und Tapuach.

Bei erfolgten Festnahmen ist unklar, ob die o.g. Zahlen der IDF auch palästinensische Dorfbewohner umfassen, die Soldaten in Folge von Siedlerangriffen verhaftet haben. Das ist zu einer gängigen Praxis geworden: Nicht nur, dass die Armee die Angriffe von Siedlern auf die palästinensische Zivilbevölkerung nicht verhindert, werden hier eher die Opfer dieser Attacken verhaftet. So zuletzt im Dorf A-Sfay südlich von Hebron, in Umm al-Amd, in Rujum al-Ali, in Khirbet al-Fakhit oder in al-Hadidiya im Jordantal.

Radikale Siedlergruppen dringen in palästinensische Wohnungen ein, zerstören das Inventar, vertreiben die Bewohner*innen, legen Feuer, stehlen Vieh, beweiden widerrechtlich palästinensisches Land oder konfiszieren unter Gewaltanwendung Felder durch Einverleibung in die Ländereien ihrer Siedlungen. Allein am 8.

In den ersten acht Tagen des Krieges passierten 64 Überfälle radikaler Siedlergruppen auf palästinensische Dörfer und Weiler. Aber darüber hinaus entstehen weitere Gefährdungen durch an Israel adressierte iranische Raketen oder Trümmer von Abfangraketen die an mehreren Orten im Westjordanland niedergegangen sind und Opfer zeitigten. Die Zivilschutzkräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde haben bis zum 8. März 96 Fälle von abstürzenden Abfangraketenrümpfen registriert.

„Wir leben zwischen der Angst vor Raketen, Alarmen und dem Geräusch von Abfangdetonationen, da wir keine Unterkünfte oder sichere Räume haben, und der Angst vor Siedler- und Armeeangriffen auf Häuser. Und dabei sind wir hinter eisernen Toren eingesperrt“, fasste ein Bewohner der Stadt Dura, südwestlich von Hebron, die aktuelle Situation der Menschen in der Westbank in einem

Iran-Krieg beschäftigt ist, nutzen Israelis das als Gelegenheit für mehr Gewalt und ethnische Säuberungen in der Westbank.“

UN-Menschenrechtshochkommissar Volker Türk legte am 17.3.2026 den Bericht „A/HRC/61/70: Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan“ vor: Unter erheblich zunehmender, z.T. geschlechtsspezifischer Gewalt seien in der Westbank zuletzt 36.000 Palästinenser*innen durch israelische Sicherheitskräfte und Siedler vertrieben worden. Innerhalb von 12 Monaten wurden 1.732 Fälle von Siedlergewalt gezählt. Diese „Siedlergewalt wurde koordiniert, strategisch und straffrei fortgesetzt, wobei die israelischen Behörden die zentrale Rolle bei der Leitung, Beteiligung oder ihrer Ermöglichung spielen“, heißt es in dem Bericht, denn „die Vertreibung im besetzten Westjordanland, die mit der umfangreichen Vertreibung



Warten auf Nothilfe im Gaza-Streifen.

von Palästinensern in Gaza durch das israelische Militär zusammenfällt, scheint auf eine konzertierte israelische Politik des gewaltsamen Massentransfers im besetzten Gebiet hinzudeuten, die auf eine dauerhafte Vertreibung abzielt und Bedenken hinsichtlich ethnischer Säuberung aufwirft.“

Ex-MP Ehud Olmert kündigt an, den Internationalen Strafgerichtshof gegen die Siedlergewalt anzurufen. 600 jüdische Intellektuelle und Rabbiner fordern aus der Diaspora Präsident Herzog auf, gegen antipalästinensische Gewalt in der Westbank vorzugehen.

Friedrich Merz: „Annexion unterlassen!“

Israel genehmigte im Dezember 19 Siedlungen mit 36.973 Wohneinheiten in Ost-Jerusalem und 27.200 im Rest der Westbank, was laut dem rechtsextremen Finanzminister Bezalel Smotrich darauf abziele, die Gründung eines palästinensischen Staates nachhaltig zu verhindern. Wie zuvor schon UN-Generalsekretär António Guterres und zuletzt Menschen-

rechtshochkommissar Türk hat Bundeskanzler Friedrich Merz am 10. März die israelische Regierung vor Fehlern fortgesetzt völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus in der besetzten palästinensischen Westbank gewarnt. Merz sagte: „Die Annexionsschritte, wie sie in Jerusalem diskutiert werden, würden die Zweistaatenlösung dort noch einmal erschweren.“ Die Bundesregierung fordere dringend, solche Schritte zu unterlassen. Sie wären „ein großer Fehler.“

Doch solange dieser – zugegeben ungewohnt deutliche – diplomatische Klartext nicht durch konkrete politische Schritte, wie einen bundesdeutschen und europäischen Waffenlieferungsstopp sekundiert wird, kann die Jerusalemer Regierung ihn wohl in aller Gelassenheit aussitzen.

Gaza-Friedensplan eingefroren

Derweil ist die Umsetzung des Friedensplans von US-Präsident Donald Trump (siehe Der Schlepper Nr. 112, S. 112/113) für den Gazastreifen seit Ausbruch des

Iran-Krieges ins Stocken geraten. Eingefroren ist damit auch die prekäre Lage der überlebenden Opfer des zweijährigen Gaza-Krieges. Fast die gesamte seit Oktober 2023 von 2,3 auf 2,1 Millionen Menschen dezimierte Bevölkerung wurde intern vertrieben – ohne Zugang zu bedarfsgerechten Unterkünften, ausreichender Nahrung, lebensrettenden medizinischen und therapeutischen Dienstleistungen, sauberem Wasser, Bildung und sozialen Lebensgrundlagen. Zehntausende Kriegsoffer werden noch unter den Ruinen der bombardierten Häuser vermutet.

Der aktuelle Iran-Krieg hatte unmittelbare Auswirkungen: Am 28. Februar schlossen die israelischen Behörden alle Übergänge in den Gazastreifen und setzten die Einfuhr von humanitärer Hilfe, Treibstoff und kommerziellen Hilfsgütern vollständig aus. Am 18. März wurde allein der Grenzübergang nach Ägypten, Rafah, allerdings nur für streng reglementierten Warenverkehr geöffnet.

Die Bewegungsfreiheit in und nahe den auch nach dem Friedensplan weiterhin durch die IDF kontrollierten Gebieten

(sog. Gelbe Linie), medizinische Evakuierungen, die Rückkehr von Bewohnern aus dem Ausland und die Rotation des humanitären Personals in und aus der Küstenenklave sind damit weitgehend ausgesetzt. In der Folge besteht intensiver Mangel. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind erheblich gestiegen und vergrößern die Abhängigkeit von Nothilfe in einer Zeit, in der die Lager nicht aufgefüllt werden können.

Die Brennstoffimporte nach Gaza, wo das Stromnetz seit Oktober 2023 weitgehend zerstört ist, sind nicht ausreichend. Die Schließung bzw. extreme Reglementierung an den Grenzübergängen zwang zu Rationalisierungen innerhalb der Enklave – u.a. mit der Folge des Stopps der Müllentsorgung – mit der Folge erhöhter Infektionsrisiken – sowie einer extrem reduzierten Brauchwasserproduktion aus Meerwasser. Letzteres zwingt viele Bewohner mit weniger als dem Notfallstandard von sechs Litern Wasser pro Person und Tag zu überleben.

Medizinische Versorgungszufitte

Notfallmaßnahmen mussten auch in Krankenhäusern und primären Gesundheitszentren aktiviert werden. Die meisten Dienstleistungen – einschließlich Krankenhausbetrieb, Kühlketten für Impfstoffe, Krankenwageneinsätze, Sterilisationseinheiten und internen Wasserversorgungen – sind nach wie vor stark auf Generatorenstrom angewiesen.

Zwischen dem 25. und 27. Februar konnten 37 Patienten, darunter vier Kinder, über die Grenzübergänge Rafah neben 91 Pflegekräften medizinisch nach Ägypten evakuiert werden. Insgesamt wurden über den Grenzübergang Rafah am 2. Februar 319 Patienten und 529 Begleitpersonen durch diesen Korridor evakuiert, was die Gesamtzahl der kritischen Patienten, die seit Oktober 2023 medizinisch außerhalb der Enklave evakuiert wurden, auf 11.176 erhöht. Seit der erneuten Schließung von Rafah am 28. Februar blieben zunächst alle medizinischen Evakuierungen ausgesetzt, wobei über 18.000 Patienten – davon 4.000 Kinder – in Gaza immer noch dringend eine medizinische Behandlung benötigen, die vor Ort nicht verfügbar ist. Ob die Öffnung von Rafah am 18. März diese Lage verändert, bleibt abzuwarten.

Auch für Krebspatient*innen gibt es keine Ausnahmen. Schon vor dem Krieg fehlte

es an wirksamen Chemotherapien, Zytostatika oder antihormonellen Behandlungen – und Strahlentherapie gab es in Gaza noch nie. Bis zum 7. Oktober 2023 wurden regelmäßig Patientinnen und Patienten aus Gaza – davon 15 Prozent Kinder – an das Augusta-Viktoria-Hospital in Ost-Jerusalem überwiesen. Aber auch nach der Waffenruhe im Oktober 2025 wurde kein humanitärer Korridor durch israelisches Staatsgebiet geöffnet.

Nach Angaben der WHO sind nur noch 18 von ehemals 36 Gesundheitseinrichtungen in Gaza teilweise funktionsfähig. 51% der lebenswichtigen Medikamente fehlen vollständig. Infektionskrankheiten verbreiten sich rasend schnell. Die WHO warnt vor akuter Seuchengefahr im gesamten Gazastreifen. Die Physicians for Human Rights Israel (PHRI) stellten Anfang Dezember fest: „Das Gesundheitssystem in Gaza ist unter den israelischen Angriffen kollabiert.“ Für über zwei Millionen Menschen stünden nur noch 1.950 Krankenhausbetten zur Verfügung – bei rund 171.000 Kriegsverletzten. Der Vatikan mahnt, dass infolge der mangelhaften Versorgungslage Menschen sterben.

Notstand und Gewalt

Seit Öffnung des Kerem-Shalom-Grenzpostens am 3. März konnten aus Ägypten in begrenztem Umfang Treibstoff und Hilfsgüter eingeführt werden. Lieferungen über israelisches Staatsgebiet bleiben jedoch weiterhin ausgeschlossen.

Im Februar erreichten die Partner der UN-Agentur für humanitäre Hilfe (OCHA) etwa 1,2 Millionen Menschen mit Essensrationen, die nur 50 Prozent des Mindestkalorienbedarfs deckten. Noch im Januar erhielten 1,6 Millionen Menschen volle Rationen. Im März gab es wieder nur die Hälfte und UN-OCHA fordert dringend zusätzliche Nahrungsmittelvorräte.

Im Gaza-Streifen herrscht noch dazu akuter Bildungsnotstand: Seit Januar 2026 konnten nur 107.540 Kinder im Schulalter und 4.200 Kinder im Kindergartenalter in 110 temporären Lernräumen (TLS) in Gaza mit Bildungsangeboten erreicht werden. Die Aktivist*innen machen ihre Angebote zumeist in Behelfszelten oder im Freien und behelfen sich dabei mit Schul-in-a-Carton-, Freizeit- und frühkindlichen Entwicklungskits zur Gewährleistung eines Mindestmaßes an Lernqualität.

Opferreiche Luftangriffe, Bombardierungen und Beschießungen gingen seit Beginn der im Herbst 2025 verabredeten Waffenruhe und auch seit Beginn des Iran-Kriegs sowohl in der Nähe als auch abseits der „Gelben Linie“ – einer Demarkationslinie, die den israelisch kontrollierten und laut rechter israelischer Gruppen zur Besiedlung vorgesehenen Osten des Gazastreifens vom westlichen Küstenstreifen trennen soll – weiter. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza wurden zwischen dem 26. Februar und dem 5. März im Gazastreifen 15 Palästinenser getötet, 18 Leichen wurden geborgen und 37 Personen verletzt. Das UN-Menschenrechtsbüro (OHCHR) zählt zwischen dem 10. Oktober 2025 und dem 27. Februar 2026 die Tötung von mindestens 224 Palästinensern im Osten oder in der Nähe der sogenannten „Gelben Linie“ und 347 Palästinensern bei Angriffen im westlichen Küstenstreifen.

Israelische Sicherheitshaft

Die Zahl der palästinensischen Sicherheitsgefangenen in Israel belief sich am 10. März 2026 auf knapp 9.500 berichtet die Nichtregierungsorganisation Hamoked, die sich auf Informationen der israelischen Gefängnisbehörde stützt. Über 50 Prozent der Betroffenen werden demnach ohne reguläres Strafverfahren festgehalten. Mögliche Anlässe der Inhaftierung könnten Steinewerfen sein oder zur falschen Zeit am falschen Ort erwischt zu werden, das Verbreiten von gewaltverherrlichender oder anderer Propaganda im Internet bis hin zu schwerwiegenden Anschuldigungen wie versuchtem Mord. Die meisten Inhaftierten wurden in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen festgenommen. Menschenrechtsorganisationen und Betroffene berichten, dass es in israelischen Gefängnissen regelmäßig schwere Folter Inhaftierter gibt.

Quellen: www.haaretz.com, www.ocha-opt.org, www.ohchr.org, www.btselem.org/, www.theguardian.com, www.hamoked.org, www.taz.de, www.phr.org.il/en/, www.dw.com, www.healthcluster.who.int, www.mne.gov.ps, www.aljazeera.com, www.deutschlandfunk.de, www.tagesschau.de, www.spiegel.de, www.euractiv.de, www.domradio.de, www.welt-sichten.org, www.saba.ye, www.zeit.de, www.de.wikipedia.org, www.medico.de, www.amnesty.de, cnn.com, www.emro.who.int

Martin Link ist Redakteur des Magazins Der Schlepper. www.frsh.de/schlepper